

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 6

Artikel: Verdeutlichungen
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094672>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Laszlo Revesz zu politischen Motiven des sowjetischen Parteitages

Verdeutlichungen

Der Jubiläumskongress der KPdSU mit der Nummer 25 hat keine Sensation hervorgebracht, die den Enthüllungen am 20. Parteitag vor zwanzig Jahren auch nur annähernd vergleichbar wären. Seine Aufschlüsse sind trotzdem schon als zentrale Belege wichtig.

Moskau hat seinen Hegemonialanspruch unmissverständlich bestätigt und darüber hinaus seinen Interventionswillen in dritten Ländern ausdrücklich kundgetan.

Die westeuropäischen KP des «Eurokommunismus» ihrerseits haben ihre Selbständigkeit beim Aufbau des Sozialismus betont, zum nicht gespielten Aerger der sowjetischen Parteiführung. Aber gleichzeitig haben sie — was man im Westen nun wirklich zur Kenntnis nehmen muss — ganz direkt ausgesprochen, was sie unter einem von ihnen befürworteten Mehrparteiensystem nicht verstehen. Alternativparteien gedenken sie nicht zu tolerieren; ihr Pluralismus beschränkt sich auf Gleichgesinnte, allenfalls auf Ähnlichgesinnte.

Friedliche Koexistenz schliesst sowjetisches Interventionsrecht natürlich nicht aus

Breschnew lobte die friedliche Koexistenz, die aber — wie er betonte — keine Aenderung des Klassenkampfprinzips bedeute. Die internationale Entspannung garantiere ihm sogar bessere Bedingungen. Unter dem Vorwand der friedlichen Koexistenz jedenfalls gibt es keinen Platz für Neutralismus und Kompromisse im ideologischen Krieg gegen den Westen.

Breschnew hob in der Einführung seiner Rede hervor, solange der NATO-Block bleibe, müsse das militärisch-politische Warschauer Bündnis gefestigt werden, und die Rüstung sei voranzutreiben. Gleichzeitig betonte er die Entschlossenheit der Sowjetunion zur weiteren Unterstützung der Dritten Welt gegen den «Imperialismus»: «Von der Tribüne unseres Parteitages bekräftigen wir erneut: Die Sowjetunion unterstützt vorbehaltlos die berechtigten Bestrebungen der jungen Staaten, sich von der imperialistischen Ausbeutung völlig zu befreien.» Also: friedliche Koexistenz als Garantie für sowjetisches Interventionsrecht...

«Eurokommunismus» zwischen grundsätzlicher Verneinung und faktischer Bejahung

Es ist klar, dass man in Moskau dem «europäischen Weg zum Sozialismus» Aufmerksamkeit schenken muss, und zwar im Interesse der «Stärkung der Einheit», was nach Moskauer Sprachregel immer bedingungslose Annahme der Moskauer Führungsrolle bedeutet.

Breschnew sagte in diesem Zusammenhang (Kapitel I, Punkt 5):

«Die Kommunisten der verschiedenen Länder verfolgen mit Interesse und verständlicher Aufmerksamkeit die Arbeit der Bruderparteien. Unter ihnen können sich zuweilen Unterschiede (...) ergeben. Die feindliche Propaganda hat das so manches Mal zu Sensationen aufgebauscht. Aber die Marxisten-Leninisten gehen an derartige Fragen international heran, getragen von der Sorge um die Festigung der Einheit der gesamten Bewegung. (...) Natürlich kann dabei nicht die Rede sein von Kompromissen in grundsätzlichen Dingen oder Versöhnertum gegenüber Ansichten und Handlungen, die der kommunisti-

schen Ideologie widersprechen. Das ist ausgeschlossen. (...) Die Kommunisten gehen in ihrem Kampf aus von den allgemeinen Gesetzmässigkeiten der revolutionären Entwicklung sowie des Aufbaues von Sozialismus und Kommunismus. Diese Gesetzmässigkeiten (...) wurden gemeinschaftlich und ausführlich formuliert (...). Und man kann mit Sicherheit sagen: Wenn ein Zugeständnis an den Opportunismus auch irgendeinen zeitweiligen Vorteil ergibt, im Endeffekt wird es der Partei zum Schaden gereichen. (...)

Unseres Erachtens würde ein Verzicht auf den proletarischen Internationalismus bedeuten, dass den kommunistischen Parteien und der gesamten Arbeiterbewegung eine mächtige und erprobte Waffe genommen wird... Wir sowjetischen Kommunisten betrachten die Verteidigung des proletarischen Internationalismus als erhabene Pflicht jedes Marxisten-Leninisten.»

Für Breschnew existieren also weiterhin nur die «universalen Gesetzmässigkeiten der Revolution», wobei er jegliche «europäischen Gesetzmässigkeiten» sowohl der Revolution als auch des Sozialismus entschieden ablehnt. Moskau wahrt sein Recht, den Marxismus-Leninismus wie auch den proletarischen Internationalismus in einer für alle Parteien bindenden Form zu interpretieren. Breschnew in diesem Zusammenhang: «Leider beginnt manch einer ihn so zu interpretieren, dass vom Internationalismus praktisch kaum etwas übrigbleibt.»

Der neue ukrainische Parteichef (ins Politbüro aufgenommen) doppelte nach: «Die ganze historische Praxis beweist, dass die entscheidende Quelle der Kraft der kommunistischen Weltbewegung ihre Treue zum Marxismus-Leninismus ist, die Einheit im Ziel, im Willen und in den Aktionen. (...) Das Eindringen von revisionistischen Einflüssen rechter oder linker Prägung in die kommunistischen Parteien (...) führt letzten Endes zu einem Kompromiss mit dem Bürgertum oder zu abenteuerlichen Aktionen. Die Verteidigung des proletarischen Internationalismus ist eine heilige Pflicht jeder KP und Arbeiterpartei, jedes Marxisten-Leninisten.» («Prawda», 26. 2. 1976)

Später nahmen die Kritisierten dazu Stellung. Zuerst der italienische Parteichef Berlinguer («Prawda», 27. 2. 1976). Er sprach sich dafür

aus, dass die «aufgetauchten Probleme (...) im Rahmen der unanfechtbaren Normen von Gleichberechtigung und Achtung der Selbständigkeit jeder Partei» erörtert würden. Er verteidigte den «Eurokommunismus» wie folgt:

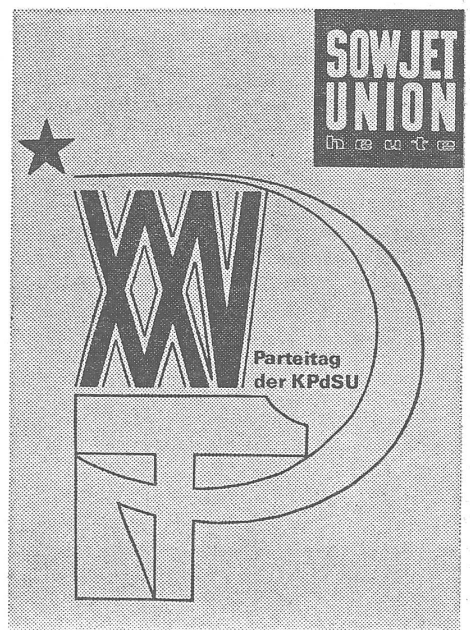
«Eine der wichtigsten Ursachen für die Zunahme unseres Einflusses besteht unserer Meinung nach darin, dass wir uns während mehrerer Jahre mit der Erarbeitung eines Weges zum Sozialismus beschäftigten, der den Eigenarten der historischen, sozialen und politischen Entwicklung unseres Landes ganz und gar entspricht. (...) Den Weg, den wir zu beschreiten beabsichtigen, ist der Weg einer massierten, einheitlichen und mächtigen Bewegung, die für tiefgreifende soziale Umgestaltungen in Richtung auf den sozialistischen Aufbau kämpft. (...) Wir sind der Meinung, dass man in Italien nicht nur zum Sozialismus gehen kann und soll, sondern dass zum Aufbau dieser Gesellschaft die verschiedenen politischen Kräfte, Organisationen und Parteien ihren Beitrag leisten sollen.»

Berlinguer betonte die Notwendigkeit des Dialogs und der Zusammenarbeit sowohl mit Sozialisten und Sozialdemokraten als auch mit der christlichen Bewegung. Er sprach über eine «gleichberechtigte Teilnahme» der IKP mit anderen «Volkskräften und demokratischen Kräften» verschiedener politischer und ideologischer Orientierung an der Leitung des politischen Lebens unseres Landes.

Mit anderen Worten: Gleichberechtigung nur für Gleichgesinnte!

Auch der Vertreter der französischen KP sprach in diesem Sinne: «Es ist klar, dass dieser (nämlich der französische) Sozialismus (...) die spezifischen Charakterzüge unseres Landes haben wird; er wird der Sozialismus in französischen Farben sein. So können z. B. verschiedene Parteien, die am Sozialismus interessiert sind, am Aufbau des Sozialismus auf der Grundlage der Gleichheit von Rechten und Pflichten teilnehmen.» («Prawda», 29. 2. 1976)

Hier hat die KPF ausdrücklich auf die Frage geantwortet, welche Parteien am sozialistischen Aufbau teilnehmen dürfen, mit welchen Parteien





Georges Marchais: Für die Zulassung eines Mehrparteiensystems, aber gegen die Zulassung von Alternativparteien. Wie gross ist da eigentlich der Unterschied zum «Modell» von CSSR, DDR und Polen, wo die «Partnerparteien» nur als Transmissionsriemen der allein massgeblichen KP funktionieren?

die FKP bereit ist, in einem sozialistischen Staat zusammen zu regieren. Es sind die Parteien, «die am Sozialismus interessiert sind». Marchais' Erklärung über Mehrparteiensystem im Sozialismus hat also ihre entscheidende Präzisierung erhalten: nur Parteien mit sozialistischer Orientierung werden geduldet! Und es ist die FKP, die darüber befinden soll, welche Parteien einer sozialistischen Linie folgen.

Die Vertreter der schwedischen und der britischen Kommunisten betonten in ihren Reden mit besonderem Nachdruck die selbständige Strategie und Taktik der kommunistischen Parteien (Schweden), die Gleichberechtigung und Selbständigkeit sowie die «Souveränität» (England) jeder KP. Auch der Vertreter der Schweizerischen PdA, Jean Vincent, betonte die Absicht seiner Partei, den Sozialismus in der Schweiz, die Machtergreifung durch das Volk ohne Gewalt zu verwirklichen: «Indem wir unseren Weg zum Sozialismus» in der gewaltlosen Machtergreifung sehen, «indem wir bewusst den gewaltlosen Weg wählten, indem wir dabei die Geschichte, die Traditionen und die konkrete Lage unseres Landes und unseres Volkes berücksichtigten, sind wir überzeugt, dass dies jetzt möglich wurde». («Prawda», 3. 3. 1976)

Nur: Das gleiche sagt Kozak auch von der KP-Machtergreifung in der Tschechoslowakei von 1948!

«Es geht nicht länger an, China sozialistisch zu nennen»

Ein wichtiger Akzent dieses Parteikongresses war die Verurteilung Chinas. Es gab praktisch keinen Redner in der Diskussion über Breschnews Referat, der China nicht verurteilt hätte.

Der Parteichef selbst sagte:

«Die Politik Peking steht in krassem Widerspruch zu den Interessen aller Völker. Wir werden dieser Brandstifterpolitik entgegenzutreten, die Interessen des Sowjetstaates, der sozialistischen Staatengemeinschaft und der kommunistischen Weltbewegung verteidigen. Jetzt genügt es nicht mehr zu sagen, dass maoistische Ideologie und Politik mit der marxistisch-leninistischen Lehre

unvereinbar sind. Sie greifen diese Lehre offen an (...). Wir werden auch weiter gegen den Maoismus einen prinzipiellen und unversöhnlichen Kampf führen.» (Kapitel I, Punkt 1)

Breschnew stritt den sozialistischen Charakter Chinas u. a. auch dadurch ab, dass er seine Bereitschaft erklärte, «die Beziehungen zu China auf der Basis der friedlichen Koexistenz zu normalisieren». Bekanntlich gilt diese Politik nur gegenüber Staaten mit einem anderen (kapitalistisch/bürgerlichen) System. Sollte China freilich die Prinzipien des Marxismus-Leninismus erneut akzeptieren, so könnten die sowjetisch-chinesischen Beziehungen wieder auf der Grundlage des «sozialistischen Internationalismus» normalisiert werden. Die Normalisierung auf dieser Grundlage hatte 1968 zur Begründung der sowjetischen Intervention in der CSSR gedient.

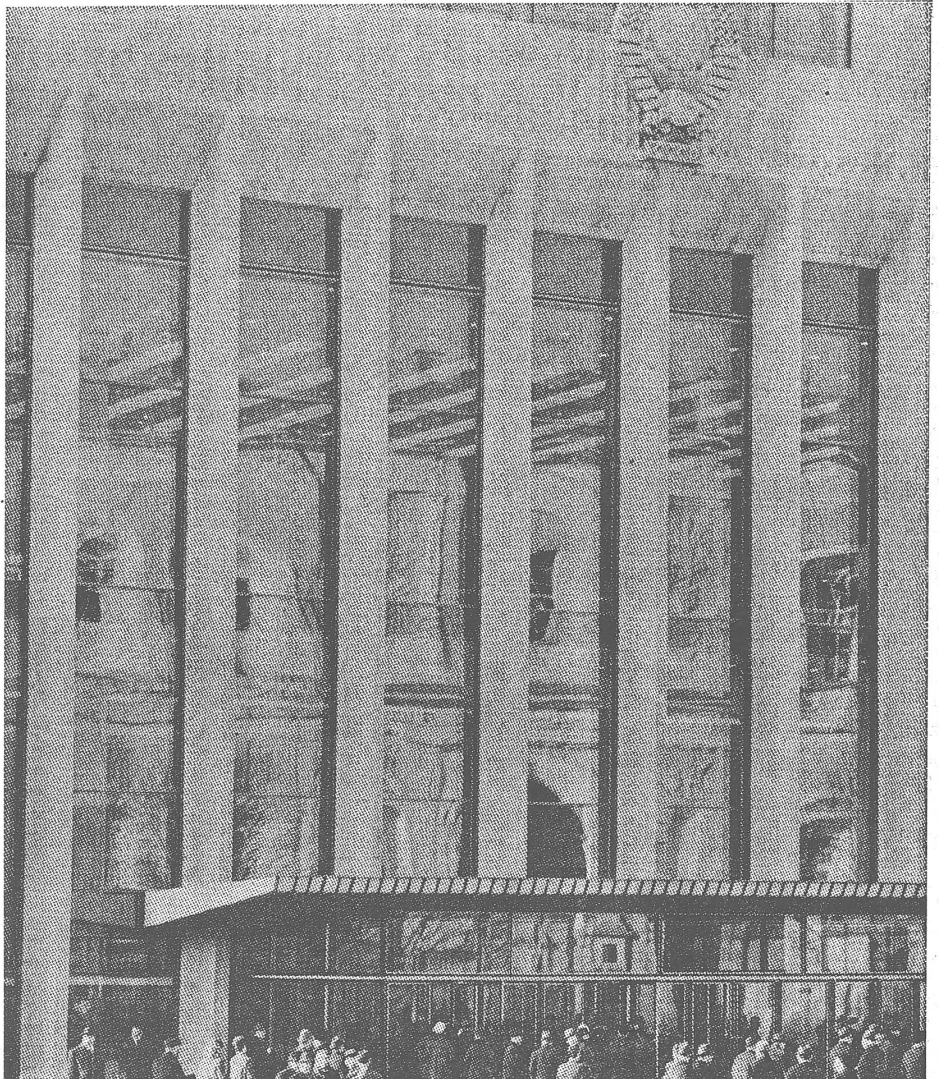
Der Führer und die Führungsmacht

Nur nebenbei sei erwähnt, dass Breschnew in demselben Punkt auch die rumänische KP verurteilte, ohne sie direkt zu nennen. Er sprach über die Notwendigkeit der «allmählichen Annäherung der sozialistischen Länder», die er als «gesetzmässige Erscheinung» bezeichnete: «Vie-

les hängt hier natürlich von der Politik der regierenden Parteien ab, von ihrer Fähigkeit, die Einheit zu wahren, gegen Abkapselung und nationale Isolierung zu kämpfen, die gemeinsamen internationalen Aufgaben zu erkennen und Hand in Hand an der Lösung dieser Aufgaben zu arbeiten.»

Ein weiteres wichtiges Merkmal dieses Kongresses war der Breschnew-Kult. Ausgesprochene Lobgesänge kamen entweder von den eigenen Funktionären oder von jenen der Satellitenparteien.

Der georgische Parteichef Schewarnadse («Prawda», 27. 2. 1976) bezeichnete es als einen positiven Charakterzug, dass Breschnew die höchste Kunst besitze, das Kollektiv hochgebildeter und lebenserfahrener Menschen zu leiten. Der bulgarische Parteichef Schiwkow (ebenda) huldigte noch der sowjetischen Führungsrolle überhaupt: «Das Verhältnis zur Sowjetunion ist der Prüfstein revolutionärer Gesinnung und des Internationalismus, die Wasserscheide zwischen den Kräften des Fortschrittes und der Reaktion (...). Für die heutigen Bulgaren bedeutet die Liebe zu Bulgarien auch die Liebe zur Sowjetunion. Diese ist untrennbar. Das ist eine Liebe, wie auch unser Ziel eins ist.»



Nationales Kongresszentrum mit Anspruch auf international(istisch)e Verbindlichkeit: Der grosse Kremlpalast, Schauplatz des 25. Parteitages.